

Europäische Presseschau vom 21/10/2014

## TOP-THEMA

---

### Paris und Berlin erwägen Investitionspakt

Die Wirtschafts- und Finanzminister Deutschlands und Frankreichs haben am Montag in Berlin angekündigt, bald Vorschläge gegen den Abschwung zu präsentieren. Zuvor hatte Paris deutsche Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro gefordert und französische Einsparungen gleicher Summe in Aussicht gestellt. Berlin muss seine Haushaltsdisziplin verteidigen, mahnen einige Kommentatoren. Andere danken Paris dafür, eine wichtige Debatte angestoßen zu haben.

Die Presse - Österreich

### Frankreichs Regierung verliert Sinn für Realität

Die Forderung Frankreichs nach deutschen Investitionen im Gegenzug für französische Einsparungen ist unverfroren, kritisiert die liberal-konservative Tageszeitung Die Presse. Macron glaube offenbar, "die Deutschen trügen die Schuld an der französischen Misere - wegen ihrer knallharten Austerität. Diese hat es aber in Berliner Budgets nie gegeben. Nur diese schwarze Null, die mitten in der schlimmsten Schuldenkrise neues Vertrauen geschaffen hat. Auch durch sie war eine deutsche Sonderkonjunktur möglich, die lange als Lokomotive für die Eurozone funktioniert hat. Daran festzuhalten ist das Beste und Einzige, was die Deutschen für die Franzosen tun können. Auf die komische Idee, der Staat möge stattdessen 50 Milliarden pumpen, käme in Deutschland nicht einmal der linke SPD-Flügel. Sie ist eine Karikatur der Realität." (21.10.2014)

» [zum ganzen Artikel](#) (externer Link, deutsch)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Konjunktur](#), » [Euro-Krise](#), » [Deutschland](#), » [Frankreich](#), » [Europa](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Karl Gaulhofer](#)

taz - Deutschland

### Provokation aus Paris stößt wichtige Debatte an

Weil beim Wachstum sowohl Frankreich als auch Deutschland Probleme haben, ist der Vorschlag aus Paris sinnvoll, lobt die linke Tageszeitung taz: "Streng genommen leidet die gesamte Eurozone unter dem Austeritätskurs, den Kanzlerin Merkel während der Eurokrise durchgeboxt hat. Nur Deutschland könnte es sich noch leisten, gegenzusteuern und in Wachstum und Jobs zu investieren. Zufällig ist Deutschland auch das Land, in dem Investitionen dringend nötig wären. So gesehen, macht der Vorstoß aus Paris durchaus Sinn. Zwar kann es nicht darum gehen, Kürzungen in Frankreich eins zu eins gegen Investitionen in Deutschland aufzurechnen. Aber das haben [Finanzminister] Sapin und [Wirtschaftsminister] Macron gar nicht gemeint. Ihnen geht es darum, dass Euroland dringend für Nachfrage sorgen muss. ... Die Eurozone braucht eine abgestimmte, auf Wachstum getrimmte Wirtschaftspolitik und keine nur auf Kürzungen fixierte Fiskalpolitik. Paris hat die Debatte mit einer Provokation angestoßen - merci!" (21.10.2014)

» [zum ganzen Artikel](#) (externer Link, deutsch)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [EU-Verträge](#), » [Staatsverschuldung](#), » [Euro-Krise](#), » [Frankreich](#), » [Europa](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Eric Bonse](#)

Libération - Frankreich

### Deutsche Einsicht richtig gute Nachricht

Deutschland und Frankreich wollen mit gemeinsamen Vorschlägen einen wirtschaftlichen Abschwung in Europa verhindern. Darüber freut sich die linksliberale Tageszeitung Libération: "Angela Merkel, die sich durch ihren politischen Spürsinn auszeichnet, hat die Gefahr erkannt und beschlossen, etwas zu unternehmen. Sicher sollte man keine Lobeshymne anstimmen und keine Luftschlösser bauen, aber die Einsicht Berlins ist die erste gute Nachricht, die man seit langem in der EU gehört hat. Frankreich muss aus dieser heilsamen Kehrtwende nun das Beste machen, sollte dabei aber diplomatisch bleiben. Es geht nicht darum, die Bundesrepublik um Geld zu bitten, sondern sie zu überzeugen, mehr für sich selbst auszugeben." (21.10.2014)

» [zur Homepage](#) (Libération)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [Konjunktur](#), » [Euro-Krise](#), » [Deutschland](#), » [Frankreich](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Laurent Joffrin](#)

Diário de Notícias - Portugal

## **Berlin an seine Sünden erinnern**

Deutschland sollte daran erinnert werden, dass es selbst einst zu den Defizitsündern Europas gehörte und keine Sanktionen zu spüren bekam, meint die liberal-konservative Tageszeitung Diário de Notícias: "Wenn Deutschland und Frankreich sich zusammentun, um Entscheidungen über Europa zu treffen, bedeutet das nur eines: Die Wirtschaftskrise hat beide erreicht. ... Seit Jahren hören wir von Impulsen, die von Deutschland ausgehen sollen, doch die Ergebnisse sind deutlich zu sehen: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt, die Volkswirtschaften wachsen kaum oder stagnieren. ... Es ist endlich an der Zeit zu tun, was etwa Matteo Renzi getan hat: Frau Merkel an die Geschichte zu erinnern [dass Deutschland 2002 und 2003 gegen den EU-Stabilitätspakt verstoßen hat]. Die Regeln sollten für alle gleich sein, oder das europäische Projekt ist dem Untergang geweiht." (21.10.2014)

» [zum ganzen Artikel](#) (externer Link, portugiesisch)

Mehr aus der Presseschau zu den Themen » [EU-Verträge](#), » [Finanzpolitik](#), » [Wirtschaft](#), » [Deutschland](#), » [Frankreich](#),

» [Europa](#)

Alle verfügbaren Texte von » [Nuno Saraiva](#)